

nen. Der Blick auf diese Menschen, denen so Entscheidendes genommen ist, stellt uns vor die Frage: „Worin besteht eigentlich die Würde des Menschen?“

Der Mensch hat seinen Adel darin, daß Gott ihn ins Leben gerufen hat, daß er zu ihm ja gesagt und ihn angenommen hat und daß er ihn bei sich vollenden wird. Ist demgegenüber nicht *alles* menschliche Leben im Grunde bruchstückhaft und unzulänglich, angewiesen auf Gottes vollendendes Wirken? Über Gesunden und Kranken, Frischen und Müden, Beweglichen und Behinderten, geistig Wachen und geistig Schlafenden steht Gottes väterliches Ja und macht jeden ihrer Tage zu einem Stück Weg in die Vollendung – und damit *lebens-wert*. Liebe Österreicher, möge der Herr über Euer Verhalten zu Euren kranken und behinderten Menschen, in denen letztlich er selber Euch begegnet, einmal sagen können: „Ich war eine Last, und Ihr habt mich getragen; ich war

unnützlich, und Ihr habt mich geschätzt; ich war entstellt, und Ihr habt meine Würde erkannt; ich war vor der Geburt schon krank, und Ihr habt zu mir ja gesagt“ (vgl. Mt 25, 35 ff).

Kranke und alte Menschen, Behinderte und Pflegebedürftige zeigen uns in einer besonderen Weise, wie sehr wir aufeinander angewiesen sind und zutiefst zusammengehören. *Sie fordern unsere Solidarität und unsere Nächstenliebe auf das äußerste heraus*. Wenn Kranke nicht mehr fähig sind, die ihnen geleistete Hilfe zu erfassen und dankend zu erwidern, dann zeigt sich, wie selbstlos und opferbereit solch dienende Liebe sein muß. Krankheit und Leid sind stets eine schwere Prüfung. Aber eine Welt ohne Kranke, so widersprüchlich dies auch klingen mag, würde ärmer sein. Denn sie wäre ärmer an gelebter Mitmenschlichkeit, ärmer an selbstloser, ja mitunter heroischer Liebe ...

Kurzinformationen

Mit einem Brief von Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli an Kardinal Joseph Höffner hat Johannes Paul II. auf die Kritik reagiert, die in der Bundesrepublik an seinen Äußerungen in Breslau und auf dem Annaberg während seiner Polenreise geübt wurde. In dem am 5. September veröffentlichten Brief heißt es, leider seien einige Abschnitte aus den *Reden des Papstes in Breslau und auf dem Annaberg* in einer Weise verstanden worden, „die seinen Absichten keineswegs entsprach“. Nicht wenige Deutsche, besonders Vertriebene aus Schlesien, hätten sich in ihren Empfindungen verletzt gefühlt und sich in Bitterkeit und Enttäuschung gegenüber der Person des Papstes geäußert. Der Brief Casarolis fährt fort: „Der Heilige Vater bedauert das zutiefst. Nichts liegt ihm ferner, als Worte auszusprechen, die Zwietracht wecken können.“ Mit den in der Bundesrepublik kritisierten Reden habe sich der Papst an seine *polnischen Landsleute* gewandt und sie anregen wollen, als einzelne und als Nation eine Lehre zu christlichem Handeln zu ziehen. Er habe sie besonders zur geistigen Einheit ermahnen und ebenso zu einer aufrichtigen Versöhnung mit dem deutschen Volk einladen wollen. Das Schreiben erwähnt den Briefwechsel zwischen polnischen und den deutschen Bischöfen während des Zweiten Vatikanums und erinnert daran, daß zahlreiche weitere Schritte auf dem Weg der Annäherung gefolgt seien. Die Wegstrecke, die noch zu gehen sei, sei weder kurz noch leicht und nie sicher vor möglichen Rückschlägen. „Mehr als für andere bedeutet dieser Weg für jene eine Selbstüberwindung, die infolge des Krieges ihre Heimat verlassen mußten, und das vielfach unter härtesten Umständen und in bitterer Not. Der Heilige Vater weiß besonders um das große Leid der aus den Ostgebieten vertriebenen Deutschen und ist davon tief betroffen.“ Der Papst hoffe, daß der christliche Glaube den Heimatvertriebenen die Kraft geben werde, weiterhin aktiv für die Versöhnung der Völker, besonders in Europa, zu arbeiten. In einem *Antwortschreiben* an den Papst dankte Kardinal Höffner für den Brief Casarolis. Die Bischöfe hätten ihn ausdrücklich gebeten, dem Papst „ihre tiefe Dankbarkeit für diese unmißverständliche Klarstellung und für die eindrucksvolle Bekundung Ihrer Verbundenheit mit den Sorgen insbesondere auch der vertriebenen Deutschen“ zum Ausdruck zu bringen.

Nach der Berufung von Nuntius Johannes Dyba auf den Bischofsstuhl von Fulda und der Ernennung von Professor Karl Lehmann zum Bischof von Mainz im Juni erfolgten Ende August zwei weitere Neubesetzungen von deutschen Bistümern. Der bisherige Sekretär der Bischofskonferenz, Prälat Josef Hohmeyer (54), wurde Nachfolger des aus Altersgründen zurückgetretenen Bischofs Heinrich Maria Janssen Bischof von Hildesheim und der erst 1981 ins Würzburger Domkapitel berufene und zum Generalvikar der dortigen Diözese ernannte Anton Schlembach (51) wird Nachfolger des im Spätherbst vorigen Jahres zum Erzbischof von München ernannten Friedrich Wetter als Bischof von Speyer. Die Ernennungen dieses Sommers haben nicht nur Auswirkungen auf die entsprechenden Diözesen, sondern verändern zu einem beträchtlichen Teil das Gesicht der Deutschen Bischofskonferenz. Die Veränderungen werden noch deutlicher werden, wenn demnächst auch die Bistümer Eichstätt und Passau, deren Bischöfe bereits seit einiger Zeit aus Alters- bzw. Gesundheitsgründen ihr Rücktrittsgesuch eingereicht haben, neu besetzt werden. Die neuen Bischöfe gehören durchwegs der Generation der jetzt 50jährigen an. Unter ihnen sind nicht nur bekannte Namen, sondern Persönlichkeiten mit erkennbarem Profil, wobei nach Herkunft und Ausrichtung kein Element eindeutig vorherrscht, sondern Wissenschaft, Verwaltung und Seelsorge gemischt sind. Schlembach, der vor seiner Ernennung zum Generalvikar zeitweise Regens des Würzburger Priesterseminars war, gilt als *Seelsorger traditioneller Prägung*. Homeyer, der aus der Diözese Münster kommt, dort ursprünglich in der Pfarr- und Jugendseelsorge arbeitete, eine Zeitlang das Schulreferat der Diözese verwaltete und seit Anfang 1972 Sekretär der Bischofskonferenz war, ist von seiner bisherigen Funktion her vor allem als *Verwaltungsmann* bekannt. Ihm ist der Aufbau der heute auch personell breit ausgestatteten Geschäftsstelle der Bischofskonferenz in Bonn zu danken. Die Zusammenführung vieler bischöflicher Arbeitsstellen im Sekretariat der Bischofskonferenz hat zu einer unumstrittenen Zentralisierung kirchlicher Dienststellen unter der Oberleitung des Sekretariats geführt. Auf Wunsch des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, wurde gleich nach der Ernennung Homeyers zum Bischof von Hildesheim der Lei-

ter der Medienstelle der Konferenz, Prälat *Wilhelm Schätzler*, zum stellvertretenden Sekretär bestellt. Auf der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz in Fulda (19.–22. 9.) wurde Schätzler zum Nachfolger Homeyers gewählt.

Eindringlich über den Frieden predigte Kardinal Joseph Höffner beim Gottesdienst zur Eröffnung der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz am 20. September in Fulda. Fünf Punkte stellte der Kardinal besonders heraus: 1. Niemand könne und solle sich darüber wundern, „daß viele Menschen über die ungeheuren Lager konventioneller und atomarer Waffen entsetzt sind“. 2. Zuerst gelte es dafür einzutreten, „daß der Geist der Versöhnung Gewalt über die Herzen der Menschen gewinnt“. Von Kindheit an müsse der Mensch das Ausgleichen, das Verzeihen, das Sich-Versöhnen, das *Friedenstiften persönlich erfahren und einüben*. 3. Ein dauerhafter Friede „kann nur dann erreicht werden, wenn in allen Staaten die Gerechtigkeit verwirklicht wird“. Der Ost-West-Konflikt kreuze sich heute mit der Nord-Süd-Spannung. Die Elendsverhältnisse in vielen Ländern der Dritten Welt seien eine dauernde Bedrohung des Friedens. 4. Niemand werde leugnen, „daß das Gleichgewicht des Schreckens gefährlich und zerbrechlich ist“. Es könne, so präziserte Höffner eine Aussage des Papstes, „nur dann vorerst geduldet werden, wenn die Bereitschaft besteht, durch völkerrechtliche Verträge die Rüstung schrittweise allseitig und gleichzeitig zu beschränken“. 5. Bei der Auseinandersetzung um die Abschreckung als Mittel der Kriegsverhütung handle es sich um eine Frage, in der Christen *bei gleicher Gewissenhaftigkeit* zu verschiedenen Urteilen kommen können“. Niemand sollte so lieblos sein, denjenigen, der in diesen Fragen eine andere Meinung vertritt, als dumm oder böse oder unchristlich hinzustellen. „Es würde sich verhängnisvoll für die gesellschaftliche Ordnung in unserem Volk auswirken, wenn einzelne Gruppen ihre privaten Meinungen für so absolut und einzig christlich hielten, daß sie gegen Andersdenkende Gewalt anwenden würden oder parlamentarische Mehrheitsentscheidungen zu Fall zu bringen suchten.“ Höffner forderte dazu auf, das „Heilige Jahr der Versöhnung“ zum Anlaß zu nehmen, um für den Frieden zu beten. Trotz äußerster Eindringlichkeit blieb in einem Punkt von Höffners Ausführungen zumindest der Adressat unklar: Es sei, so Höffner, „völlig unglaubwürdig, große Friedensaktionen in den nächsten Wochen zu starten, die massenhafte Vernichtung ungeborener Kinder jedoch schweigend hinzunehmen ...“ – In einer gemeinsamen Erklärung einen Tag später warnten die Bischöfe nachdrücklich vor dem Mißbrauch von Gottesdiensten zu politischen Demonstrationen.

Die publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz hat in einer Erklärung ihres Vorsitzenden, Bischof Georg Moser, zur „Herausforderung durch Video-Kassetten“ Stellung genommen. Angesichts der Expansion des Video-Marktes – nach den Prognosen, auf die sich die Erklärung bezieht, werden 1985 20 Prozent (1982: 6 Prozent) und 1990 50 Prozent der Haushalte einen Video-Rekorder besitzen – äußert die Kommission die „große Sorge“ der Kirche, daß ein *Übermaß an Video-Konsum* die Familie belastet und daß insbesondere die Verbreitung von sadistischen und pornographischen Darstellungen Jugendliche und Familien gefährdet. Die Erklärung weist darauf hin, daß der derzeitige Anteil der Kassetten, die als jugendgefährdend bezeichnet werden müssen, nach Schätzung von Fachleuten bei 30 Prozent liegt und daß sich darunter Darstellungen befinden, „deren Brutalität das bisherige Vorstellungsvermögen übersteigt“. Die bischöfliche Medienkommission appelliert deshalb an die Eltern,

ihre Kinder beim Medienkonsum nicht sich selbst zu überlassen; die Heranwachsenden bräuchten nicht nur Hilfe für eine vernünftige Auswahl, „sondern oft auch den Entzug eines Mediums – etwa des Fernsehens – und die Hinführung zu anderen Medien, etwa zum sinnvollen Lesen.“

Darüber hinaus appelliert die Kommission an die politisch Verantwortlichen, die notwendigen *„flankierenden Maßnahmen“* zu ergreifen. Dabei gehe es insbesondere darum, die geltenden Bestimmungen im Bereich des Jugendschutzes in der Praxis konsequent anzuwenden und entsprechend den veränderten Medienangeboten zu verbessern. Unter anderem fordert die Kommission Zugangsregelungen für Kinder und Jugendliche bei der öffentlichen Vorführung von Video-Kassetten und Bildplatten; eine strafgesetzliche Erfassung von Gewaltdarstellungen, auch wenn sie nicht mit Gewaltverherrlichung oder Gewaltverharmlosung verbunden sind; ein Verbot der öffentlichen Aufstellung von elektronischen Unterhaltungsspielgeräten, deren Programme Gewaltdarstellungen enthalten, an Orten, die Kindern und Jugendlichen zugänglich sind. Ferner soll nach Auffassung der Kommission die Einrichtung einer *freiwilligen Selbstkontrolle* für Druck- und audiovisuelle Medien gefördert und für die neuen Tonbildträger eine Jugendfreigabe (ähnlich der für öffentliche Filmveranstaltungen) vorgesehen werden. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften müsse so ausgestattet werden, daß sie auch bei einer weiteren Zunahme neuer Medien ihren Auftrag erfüllen kann. Ferner wird ein größerer Einfluß der anerkannten freien Träger der Jugendhilfe auf die Einleitung von Indizierungsverfahren gefordert. Die Konferenz der Länderinnenminister hat das Thema Video inzwischen auf ihre Tagesordnung gesetzt.

Der am 21. August ermordete katholische Oppositionspolitiker auf den Philippinen Benigno Aquino wurde am 31. 8. unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Kardinal *Jaime L. Sin*, der Erzbischof von Manila, bezeichnete den Verstorbenen in der von ihm zelebrierten Totenmesse als die „Personifizierung philippinischer Zivilcourage“ und beschwor die Staatsführung, endlich der Tyrannei und Unterdrückung ein Ende zu setzen, die ein Klima der Gewalt und des Hasses schaffe. Zuvor hatte er mehrfach öffentlich im Sinne Aquinos, eines „Märtyrers für das Anliegen der nationalen Versöhnung“, zu *Rube und Gewaltverzicht* aufgerufen. Der Regierung warf Sin eine Mitschuld am Tode Aquinos vor und weigerte sich deshalb auch, der Regierungskommission beizutreten, die die ungeklärten Umstände des Attentats untersuchen soll. Offiziell begründete er dies mit „Arbeitsüberlastung“, ließ jedoch durchblicken, er wolle keine Alibi-Funktion in einem parteiischen Gremium ausüben. Unterdessen mehren sich die Befürchtungen, der Mord an Aquino könne die Polarisierung der Gesellschaft verstärken und der kommunistischen Bewegung neuen Zulauf verschaffen. Die *Bemühungen der Kirchenführung*, die Regierung zu einem allmählichen sozialen Wandel zu bewegen, haben durch das Attentat ohnehin einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Anfang August hatte die Bischofskonferenz in einem Hirtenbrief scharf gegen die staatliche Praxis protestiert, politisch Verdächtige ohne Gerichtsbeschuß auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren. Als Präsident Marcos daraufhin ein diesbezügliches Dekret zumindest geringfügig abmilderte, lenkten einzelne Bischöfe ein, konnten allerdings nicht mehr verhindern, daß der Brief dennoch in den meisten Kirchen verlesen wurde. Die durch das Attentat hervorgerufene neuerliche Verhärtung der Fronten dürfte auch durch die Freilassung einiger politischer Häftlinge, darunter eines deutschen protestantischen Geistlichen, kaum gemildert werden.